

## **Antrag auf Stellenerweiterung**

**Antragsteller** Björn Gerlach, im Auftrag der Koalitionslisten UniGrün und Jusos

**Antragstext** Das Studierendenparlament möge beschließen, den Stellenumfang der für den AStA tätigen Bürokräfte von derzeit 33 Stunden pro Woche auf 48 Stunden pro Woche zu erhöhen.

Zur personellen Abdeckung des gestiegen Stundenvolumens möge der AStA legitimiert werden, die derzeitige Mutterschutzvertretung der sich in Mutterschutz befindenden Bürokraft, welche zum 01. Oktober 2013 von Ihrem Rückkehrrecht Gebrauch machen wird, als neue dritte Bürokraft einzustellen.

Die Verteilung der Arbeitszeit wird sich neu wie folgt gestalten:

1. Bürokraft = 16,5h (wie bisher)
2. Bürokraft = 12h (bisher 16,5h; die letzten drei Jahre im Mutterschutz, Rückkehr zum 01.10.2013, auf eigenen Wunsch mit Stundenreduktion)
3. Bürokraft = 20h (bisher Mutterschutz-Vertretung mit 16,5h)

Die beschriebenen Änderungen treten bei Annahme mit Wirkung zum 01. Oktober 2013 in Kraft

Die Personalverantwortlichen des AStA werden mit der Ausarbeitung der neuen Verträge beauftragt und zum Unterschreiben dieser legitimiert.

Die Finanzreferenten des AStA werden mit der Ausarbeitung eines Nachtragshaushaltes unter Berücksichtigung der sich hierdurch ergebenden Steigerung der Personalgesamtkosten beauftragt.

**Begründung** Mit dieser Stellenerweiterung sollen zwei wesentliche Missstände behoben werden:

1. Derzeit muss das AStA-Büro immer wieder geschlossen bleiben, da es bei kurzfristigen Krankmeldungen oder regulär genommenem Urlaub einer der beiden Bürokräfte oft nicht möglich ist, die jeweils andere als Vertretung zu gewinnen. Und selbst wenn dies durch immer wieder große Aufopferungsbereitschaft unseres bestehenden Personals gelingt, lässt sich dies meist nur mit dem Aufbau von Mehrarbeitsstunden realisieren, da das gesetzliche Anrecht auf Urlaub sowie die Tatsache, dass Arbeitskräfte gelegentlich erkranken, bei der ursprünglichen Stellenplanung leider überhaupt nicht berücksichtigt wurden.
2. Wie bereits im Wahlpaper des Referates für Finanzen geschildert, wird dieses mit seinen Ansprüchen derzeit nicht in einem Zustand gesehen, in dem es sich guten Gewissens an einen Nachfolger übergeben ließe. Es bedürfte hierzu einer Person mit grundlegenden Fachkenntnissen im Bereich der Buchführung sowie der klaren Bereitschaft, das eigene Studium deutlich zu vernachlässigen. Mit dem

Arbeitspensum von 1,5 Ehrenamtsstellen lässt sich die in diesem Referat anfallende Arbeit derzeit nur zufriedenstellend – auf das gesetzliche absolut notwendige Maß beschränkt – bewältigen. Weitere, z.T. optional in den Ordnungen vorgesehene und an sich notwendige Maßnahmen, fallen vollumfänglich unter den Tisch. Auch gewisse „Serviceleistungen“ gegenüber Fachschaften und anderen Stakeholdern leiden immer wieder unter schlichtem Ressourcenmangel.

Das neu geschaffene Stundenvolumen wird, neben ein paar diversen anderen regelmäßig anfallenden Verwaltungstätigkeiten (etwa aus dem Bereich Koordination oder Verkehr), nahezu vollständig für Aufgaben des Finanzreferates aufgewendet. Damit soll ein Großteil der im Finanzreferat anfallenden Arbeiten aus dem Aufgabenbereich der Referenten ausgegliedert und fest in den Bürobereich integriert und damit professionalisiert werden. Neben der Entlastung des Referates wird damit auch eine konstante Serviceleistung etabliert, die sich sowohl nach außen, wie auch im Binnenverhältnis in einer konstanten Arbeitserleichterung auswirken wird.

Mittelfristig soll es damit jeder potentiell dazu bereiten Person – ohne jegliche Vorkenntnisse – möglich sein, das Amt des Finanzreferenten allein und mit einem einer ehrenamtlichen Tätigkeit neben dem Studium zeitlich angemessenen Zeitbudget auszuüben und der Kern der Arbeit weniger von stupiden Verwaltungstätigkeiten bestimmt werden.

Der politische gewählte Teil des AStA soll so insgesamt dauerhaft von möglichst vielen alltäglichen reinen Serviceleistungen befreit werden sowie im Umkehrschluss diese auch krisenfest und beständig – unabhängig von politischen Mehrheiten – dauerhaft anbieten können. Die zügige Bearbeitung von Semesterticketrückerstattungen darf keine Frage von aktuellen Koalitionen und Einzelcharakteren sein, umgekehrt sollte auch gute politische Arbeit nicht an der fehlenden Verwaltungsstruktur scheitern.